

unter der Mitgliedsnummer 4 532 251 bei den Nationalsozialisten eingeschrieben war, und Hans W. A u s t , Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik“, die die Machtansprüche der SED auf West-Berlin in den letzten Wochen völkerrechtlich zu begründen versuchte, gehörte vom 1. Mai 1933 12 Jahre lang der Nazi-Partei an.

Das aber sind keinesfalls seltene Ausnahmen. Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen legt heute ein neues Verzeichnis von „Ehemaligen Nationalsozialisten in Pankows Diensten“ vor, das um 100 Namen erweitert worden ist. Die Veröffentlichung dieses Materials erfolgt nicht deshalb, um die aufgeführten Personen wegen ihrer früheren Tätigkeit anzuklagen. Der Untersuchungsausschuß hat es von Anbeginn seiner Tätigkeit abgelehnt, für den Fall einer Wiedervereinigung eine Entsedifizierung im Stil der Entnazifizierung zu proklamieren. Niemand sollte allein wegen seiner politischen Einstellung bestraft werden, mag er nun Nationalsozialist oder Konimunist gewesen sein. Niemandem sollte das Recht zum politischen Irrtum verwehrt werden — solange dieser Irrtum nicht zu Unrechtshandlungen führt. Das aber ist vielen derjenigen ehemaligen Nationalsozialisten vorzuwerfen, die aus dem Zusammenbruch des totalitären Regimes, dem sie einst dienten, nichts gelernt haben und heute unter anderen Vorzeichen ein ähnliches Schreckensregime fördern wie damals.

---